

WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL INNSBRUCK
Eing. 15. Okt. 2025
Gesch. Z.
ANTRAG



des Tiroler Wirtschaftsbundes an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol betreffend

Mehr Markt, weniger Staat - Staatsquote unter 50 % bis 2030

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol wolle beschließen:

„Die Wirtschaftskammer Tirol wird aufgefordert, über die Wirtschaftskammer Österreich gegenüber Bundesregierung und Parlament für eine Senkung der Staatsquote auf unter 50 % bis spätestens 2030 einzutreten. Die Wirtschaftskammer Österreich soll im Rahmen einer nationalen Initiative konkrete Zielpfade zur Reduktion der Staatsquote entwickeln und deren Umsetzung jährlich evaluieren. Dabei sind die Länderkammern einzubinden, um eine abgestimmte, gesamthafte Strategie zu gewährleisten und die Zielsetzungen auch in den Bundesländern aktiv einzufordern.“

Ziel ist eine leistungsorientierte, wettbewerbsfähige und zukunftsfitte Wirtschaftsordnung, in der Eigenverantwortung, Innovation und Unternehmertum wieder mehr Raum erhalten. Dazu sollen insbesondere folgende Schritte eingefordert werden:

- **Strukturreformen statt Staatswachstum:** Systematische Überprüfung staatlicher Aufgaben, Beteiligungen und Förderungen mit dem Ziel, ineffiziente Strukturen abzubauen und private Lösungen zu stärken.
- **Steuern senken, Leistung belohnen:** Schrittweise Entlastung von Arbeit und Einkommen, Vereinfachung des Steuerrechts und gezielte Reformen im Sozialsystem zur Stärkung der Eigenverantwortung.
- **Bürokratie abbauen, Digitalisierung forcieren:** Abbau von Doppelgleisigkeiten, überbordenden Berichtspflichten und „Gold Plating“; Ausbau digitaler Verfahren für Unternehmen.
- **Partnerschaft von Staat und Wirtschaft:** Ausbau von Public-Private-Partnerships bei Infrastrukturprojekten.

BEGRÜNDUNG

Die österreichische Staatsquote lag 2024 laut Wirtschaftskammer Österreich bei 56,3 % - deutlich über marktwirtschaftlich vertretbaren Grenzen, dem OECD-Schnitt und den

Erfahrungswerten erfolgreicher Wirtschaftsnationen. Für 2025 und 2026 ist nach aktueller Prognose von keiner spürbaren Senkung auszugehen.

Ein derart hoher Staatsanteil steht symptomatisch für eine Entwicklung, die immer mehr Spielraum für Eigeninitiative, Investitionen und Innovation nimmt. Österreich bewegt sich zunehmend in Richtung einer Staatswirtschaft, die mit jeder neuen Regulierung und jedem weiteren Förderinstrument an Komplexität gewinnt - während Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz darunter leiden.

Wie zahlreiche internationale Analysen - unter anderem von OECD, Weltbank und IWF - zeigen, führt eine dauerhaft überhöhte Staatsquote zu Wachstumshemmrischen, geringerer Produktivität und abnehmender Dynamik im Unternehmenssektor. Ein zu großer Staat schwächt die Leistungsbereitschaft der Wirtschaft und gefährdet langfristig die Grundlage unseres Wohlstands.

Die Tendenz zu immer mehr Umverteilung, Bürokratie und Subventionismus steht im Widerspruch zu den Grundprinzipien einer liberalen Marktwirtschaft. Statt weiterer Ausgabenprogramme braucht es endlich Strukturreformen, Effizienz und Eigenverantwortung. Nur ein schlanker, handlungsfähiger Staat schafft die Rahmenbedingungen, damit Unternehmer:innen investieren, Beschäftigung sichern und Innovation vorantreiben können.

Die Senkung der Staatsquote auf unter 50 % ist daher nicht nur eine fiskalische Zielgröße, sondern ein wirtschaftspolitisches Signal: Weg von der Staatswirtschaft - hin zu einer Kultur des Ermöglichen, der Leistung und des Wachstums.

Innsbruck, am 15. Oktober 2025

Für den Tiroler Wirtschaftsbund



Barbara Thaler

Präsidentin Wirtschaftskammer Tirol
Landesobfrau Tiroler Wirtschaftsbund